

### Oeffentliches Sanitätswesen.

— E. Axel Holmström, Die Ueberführung der schwedischen verkäuflichen Apotheken in persönliche Gerechtigkeiten. Deutsche Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege Band XXIX, Heft 4b.

Während wir in Preussen, wie wir erst kürzlich bei der Besprechung des höchst interessanten Buches von Springfield<sup>1)</sup> gesehen haben, noch immer auf eine glückliche Lösung der sehr verwickelten Apothekerfrage warten, ist in Schweden, wie wir aus dem in der Ueberschrift genannten Aufsätze ersehen, diese Lösung in einer, man kann sagen denkbar glücklichsten Weise vollzogen worden.

Auch dort giebt es, wie bei uns in Preussen, privilegirte Apotheken, d. h. solche, deren Gerechtigkeit an dem Grundstück haftet und daher wie dieses frei veräusserlich ist, concessionirte Apotheken, bei denen nur der Person des Apothekers die Gerechtigkeit übertragen ist und daher mit dem Wechsel des Besitzers erlischt, und endlich Filialapotheken. Der Preis der ersteren war im Laufe der Zeit in einer solchen Weise gestiegen, der Preis der Medicamente so hoch geworden, dass das Publicum enorm ausgebeutet wurde, ohne dass dabei die Apotheker einen Vortheil davon hatten, weil sie das Privileg unverhältnissmässig hoch bezahlen, respective verzinsen mussten. Der Zustand wurde immer unhaltbarer; die Privilegien mussten in irgend einer Weise abgeschafft werden. In dem so entstehenden Kampfe zwischen den Apothekern, die um ihre Existenz kämpften, einerseits und dem Staat als Vertreter des Publicums andererseits, mussten die ersteren endlich doch nachgeben; im Jahre 1873 kam eine Einigung zustande, deren Resultat kurz skizzirt werden soll. Kraft eines Gesetzes hört mit dem Jahre 1920 die Gültigkeit von Apothekenprivilegien auf. Um aber die Apotheker in ihrer Creditfähigkeit nicht zu erschüttern, wurde ein „Amortisationsfonds der Apothekerprivilegien“ gegründet, eine Gesellschaft, der beizutreten alle Inhaber von privilegirten Apotheken durch königlichen Erlass aufgefordert wurden. Die Apotheken, die sich dem Fond anschliessen, erhalten den Werth ihrer Apotheke auf Grund einer Taxe, über die sich der betreffende Besitzer mit einer vom Fond eingesetzten Commission geeinigt haben muss.

<sup>1)</sup> Springfield, Zur Entwicklungsgeschichte der Apothekenreform, besprochen in No. 38 dieser Wochenschrift 1896, S. 616.

Dafür übernehmen sie die Verpflichtung, halbjährlich pränumerando eine sogenannte Annuität (d. h. Zinsen des herausbezahlten Betrages plus Amortisationsquote) zu zahlen. Die letztere soll statutengemäss nicht mehr als  $3\frac{1}{2}\%$  betragen. Das zur Ablösung der Privilegien nöthige Capital wird durch auszugebende  $3\frac{1}{2}\%$ ige Obligationen aufgebracht. Wird in einem Bezirke eine neue Apotheke concessionirt (Privilegien wurden schon seit 1834 nicht mehr ertheilt), so wird dem neuen Apotheker eine Annuität auferlegt, die dem durch die Concession geschädigten Privilegienbesitzer von seiner Annuität erlassen wird. Die Einziehung der Beiträge wird durch strenge Strafbestimmungen geregelt.

Der Erfolg war zunächst, dass von den 119 in Betracht kommenden Apotheken 94 im Gesamtwerthe von 5 851 000 Kronen sofort dem Fonds beitraten. Von den übrig bleibenden 25 traten im Jahre 1892 weitere 13 zu einem gleichen Fonds zusammen, um jene 13 Privilegien „unter Abzug von  $16\%$ , entsprechend der schon geschehenen Amortisation der abgelösten Privilegien des älteren Fonds“ in gleicher Weise, wie der erste Fonds, abzulösen. Die restirenden zwölf Stück sind in den Händen von Besitzern, welche in ausserordentlich günstigen Vermögensverhältnissen sind oder ihr Eigenthum an Söhne etc. abzugeben beabsichtigen und darum den 1920 ohne Entschädigung eintretenden Verlust ihres Privilegs auf sich nehmen können und wollen. Im übrigen sei noch erwähnt, dass mit allen diesen Maassnahmen nicht nur das Publikum, sondern auch der Apothekerstand in Schweden ausserordentlich zufrieden ist, da sich ihr Credit gehoben und ihre Sorgen gemindert haben, weil sie plötzliche Eingriffe der Gesetzgebung in ihr Erwerbsleben nicht mehr zu fürchten haben. Betreffs der Einzelheiten verweisen wir auf den in der bekannten Vierteljahrsschrift leicht zugänglichen, wenig umfangreichen und doch eingehenden Aufsatz.

Da bei uns in Preussen bei ganz analogen Verhältnissen die Eingriffe des Staats keine befriedigenden Resultate gezeitigt haben und da die Apothekenbesitzer selbst sich so wenig über die nothwendige Reform einig sind, dass in kurz aufeinanderfolgenden Sitzungen ihres Standesvereins die entgegengesetzten Beschlüsse gefasst wurden, so sei das schwedische Verfahren, das sich in der Praxis so glänzend bewährt hat, den betheiligten Factoren eindringlichst zur Erwägung empfohlen.

Ascher (Bomst).